

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Folgner schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 7 und 8 zu tauschen. Es bestehen keine Einwände, die Tagesordnung wird bestätigt.

einstimmig zugestimmt

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 05.11.2024

Frau Folgner bittet um Bestätigung des Protokolls der letzten Sitzung.

Frau Rimpler weist auf einen Formfehler hin, da sie fälschlicherweise als unentschuldigt geführt wurde, obwohl sie entschuldigt war. Frau Folgner nimmt die Korrektur auf und das Protokoll wird bestätigt.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 4 Verpflichtung der sachkundigen Einwohner

Im Anschluss erfolgt die Verpflichtung der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner. Frau Folgner liest den Verpflichtungstext vor, der die Einhaltung des Grundgesetzes, der Landesverfassung, der Kommunalverfassung umfasst, hier insbesondere die Verschwiegenheitspflicht, das Mitwirkungsverbot und das Vertretungsverbot.

Die sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner stimmen der Verpflichtung zu.

Zu TOP 5 Bericht aus der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft des Landkreises Oder-Spree

Frau Balzer, die Psychiatriekoordinatorin des Landkreises, präsentiert den Bericht aus der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft des Landkreises Oder-Spree.

Die Präsentation ist als Anlage („TOP 5_Bericht_Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Migration_2025“) beigefügt.

Frau Frank als Vertreterin der Lebensmut gGmbH und Netzwerkpartnerin ergänzt die Informationen zu den Aktivitäten in Fürstenwalde und Erkner. In Fürstenwalde ist die Resonanz auf die Angebote gering, was Überlegungen zur besseren Erreichung der Bevölkerung anstößt. In Erkner führte die gute Zusammenarbeit mit lokalen Praxen und der Stadt zu einem vielfältigen Angebot. Allerdings variiert die Wirksamkeit der Maßnahmen von Ort zu Ort, und es entstehen neue Herausforderungen, insbesondere bei der Integration von Migranten in diese Angebote.

Herr Lindemann äußert seine Wertschätzung für die Arbeit des sozialpsychiatrischen Dienstes und spricht die Prävention von Obdachlosigkeit an. Er hinterfragt die Wirksamkeit der Unterstützungsmechanismen und erwähnt den Kältebus des DRK als letzte Möglichkeit für Menschen, die durch das Hilfenetz gefallen seien. Er betont, dass in einem Sozialstaat solche Zustände nicht auftreten sollten.

Frau Balzer erläutert daraufhin, dass es eine gewisse Anzahl an statistisch wohnungslos gemeldeten Menschen gebe, aber auch solche, die sich nicht melden und daher nicht erreicht werden könnten. Die vorhandenen Hilfenetzwerke und Strukturen seien gut ausgeschöpft, um schnellstmöglich Hilfe zu leisten. Es gebe jedoch auch Menschen, die nicht bzw. schwer zu erreichen sind und auch beim Wissen um Hilfeangebote, diese ablehnen.

Frau Gericke stellt eine Frage bezüglich der Anzahl psychisch erkrankter Personen im Landkreis Oder-Spree, woraufhin **Frau Balzer** erwidert, dass eine genaue Widerspiegelung der Zahlen im Landkreis nicht möglich sei, da nicht alle Personen bei den Krankenkassen erfasst oder beim Arzt vorstellig werden. Es wird auf Zahlen des Sozialpsychiatrischen Dienstes verwiesen, an den sich jedoch auch nicht alle Personen mit entsprechenden Erkrankungen wenden.

Frau Gericke spricht über die Herausforderungen, Jugendliche zur Inanspruchnahme von Hilfsangeboten zu bewegen, und die Bedeutung der Zusammenarbeit mit dem Jugendamt.

Frau Balzer korrigiert die Aussage zu psychischen Erkrankungen bei Jugendlichen und verweist auf eine Studie des Barmer Instituts, die eine Zunahme depressiver Störungen um 30% zeigt.

Frau von Stünzner erkundigt sich nach der Anzahl obdachloser Menschen im Landkreis und deren Veränderung im Vergleich zu anderen Regionen.

Frau Balzer berichtet, dass die Dunkelziffer der Personen, die nicht in den offiziellen Zahlen zur Obdachlosigkeit erfasst sind, höher sei als angenommen. Im Jahr 2023 lag die Zahl bei 85. Im aktuellen Jahr wird von 140 Personen ausgegangen, wobei diese Zahl steigt, wenn anerkannte geflüchtete Personen berücksichtigt werden, die nach dem Landesaufnahmegesetz nicht mehr pflichtig durch den Landkreis unterzubringen sind, aber noch in Einrichtungen der vorläufigen Unterbringung leben, um Obdachlosigkeit zu vermeiden.

Herr Haberkorn stellt die Frage nach der Anzahl der Plätze zur kurzfristigen Vermeidung von Obdachlosigkeit und ob diese in den letzten Jahren zu- oder abgenommen haben.

Frau Balzer antwortet, dass die Gefahrenabwehr von Obdachlosigkeit Aufgabe der örtlichen Ordnungsbehörden sei und jede Gemeinde verpflichtet ist, obdachlose Personen unterzubringen. Es wird auf verschiedene große Einrichtungen hingewiesen, darunter eine in Erkner mit 18 Plätzen und eine in Beeskow mit 7 bis 8 Plätzen, wobei in Beeskow zusätzlich Container angeschafft werden, um Einzelunterbringung zu ermöglichen. In Fürstenwalde existiert eine stationäre Einrichtung, die auch Plätze für Frauen und Männer bietet. Die Anzahl der Plätze sei seit der Tätigkeit von Frau Balzer gleichgeblieben.

Herr Gehm schlägt vor, aufgrund des großen Interesses am Thema Obdachlosigkeit, dieses in einem separaten Ausschuss zu behandeln, um detailliertere Informationen und aktuelle Statistiken zu präsentieren. Frau Folgner nimmt diesen Vorschlag an.

Herr Burdag erwähnt ein Versuchsprojekt in Fürstenwalde zur Integration von Menschen mit psychischen Erkrankungen in der Eingliederungshilfe und bittet um Rederecht für Herrn Siegfried Unger, Vorstand der Gefas.

Frau Folgner leitet eine Abstimmung über das Rederecht für Herrn Unger ein. Das Rederecht wird mehrheitlich abgelehnt.

Herr Losensky fragt nach der Nutzung leerstehender Unterkünfte für Flüchtlinge zur Vermeidung von Obdachlosigkeit und bittet um eine Antwort in der nächsten Sitzung.

Herr Natusch berichtet über die Verbindung zwischen psychischen Störungen und Alkohol- sowie Drogenabhängigkeit bei obdachlosen Personen. Oft werden diese Störungen als trivial angesehen, während sie in Wirklichkeit schwerwiegende Probleme verursachen. Er fordert eine Präzisierung der Statistiken hinsichtlich der Schwierigkeiten, die auf Suchtproblematiken zurückzuführen sind.

Frau Frank widerspricht der Verallgemeinerung, dass alle psychischen Erkrankungen mit Suchtproblemen einhergehen und dass psychisch Kranke die Hauptgruppe der Obdachlosen darstellen.

Frau Balzer bietet an, das Thema in einer extra Sitzung zu behandeln und betont, dass Alkohol- und Drogenabhängigkeiten als psychische Erkrankungen anerkannt sind. Es wird vorgeschlagen, die Suchtberatung zu interviewen und statistisches Material zu sammeln, um das Ausmaß der Problematik besser zu verstehen.

Herr Hilke äußert Bedenken bezüglich der vorgestellten Statistiken (Folie 2), insbesondere der hohen Zahl von Erwachsenen mit psychischen Erkrankungen im Jahr 2023 und fordert eine Überprüfung dieser Daten. Zudem vermisst er statistisches Material zu Zwangseinweisungen, Selbsteinweisungen und Beratungsstellensuchen, um die Lage beurteilen zu können.

Frau Balzer bestätigt, dass die genannten Zahlen vom Robert Koch-Institut dokumentiert sind und verweist auf die Quellenangaben. Es wird darauf hingewiesen, dass nicht alle psychisch Kranken Hilfe suchen und oft Hausärzte die erste Anlaufstelle sind.

Frau Jurisch spricht die Notwendigkeit präventiver Maßnahmen an, insbesondere im Kindes- und Jugendalter, um langfristig Probleme wie Sucht und Obdachlosigkeit zu verhindern. Es wird auf die Bedeutung von Schulsozialarbeiterstellen hingewiesen.

Frau Folgner schließt den Tagesordnungspunkt mit dem Hinweis, dass das Thema in einer der nächsten Sitzungen erneut aufgegriffen wird. Es wird klargestellt, dass die Statistik sich auf Personen bezieht, die ärztliche Hilfe suchen, und nicht auf die gesamte Bevölkerung.

Zu TOP 6 Vorstellung des Projektes Stark vor Ort - Kinderarmutsprävention im Kontext der sozialen Lagen im Landkreis Oder-Spree

Frau Wollschläger, Leiterin des Bereichs Sozialplanung und Controlling, geht auf den Kompaktbericht Soziale Lage im Landkreis Oder Spree – „Armutbericht“ ein, welcher dem Kreistag am 06.12.2023 vorgelegt wurde. Im Bildungsportal Oder-Spree, das über die Homepage des Landkreises für die Allgemeinheit zugänglich ist, werden regelmäßig aktualisierte Kennzahlen unter anderem zur sozialen Lage im Landkreis veröffentlicht.

Weiterhin informiert Frau Wollschläger zum Projekt "Stark vor Ort- Kinderarmutsprävention". Dieses legt bei der Betrachtung der sozialen Lage im Landkreis einen besonderen Fokus auf Kinder und Jugendliche.

Die Präsentation ist als Anlage („TOP 6_Vorstellung Projekt_Stark vor Ort- Kinderarmutsprävention“) beigelegt.

Frau Folgner dankt für den Bericht und eröffnet die Möglichkeit für Fragen oder Anmerkungen.

Herr Lindemann äußert Bedenken hinsichtlich des Armutsbegriffs und dessen Anwendung im Kontext des deutschen Sozialstaats. Er hinterfragt die Angemessenheit des Begriffs "Armut" und betont, dass der Sozialstaat in Deutschland ein zivilisatorisches Niveau gewährleistet, das über die bloße Existenzsicherung hinausgeht. Er fordert, dass die Diskussion über Armut und die daraus resultierenden Handlungen auf einer realistischen Darstellung der Zustände basieren sollten.

Frau Wiedemann betont, dass Armut auch in Deutschland existiert, insbesondere in Form von eingeschränkten Teilhabemöglichkeiten für Kinder aus Bedarfsgemeinschaften. Sie spricht sich dafür aus, konkrete Maßnahmen auf Kreisebene zu prüfen und umzusetzen, um Kinderarmut zu bekämpfen. Sie hebt hervor, dass die Thematik eines gesunden, kostenlosen Mittagessens an Schulen erneut in Betracht gezogen werden sollte, auch auf Kreisebene, unabhängig von der Umsetzung auf Landesebene.

Frau von Stünzner äußert Bedenken bezüglich des Armutsbegriffs und sieht ein Verständnisproblem bei der Definition von relativer Armut im Landkreis. Sie fordert eine klare Definition und Abgrenzung des Begriffs, um effektive Maßnahmen ergreifen zu können.

Frau Wollschläger erläutert, dass der Bericht in Abstimmung mit dem Sozialausschuss entstanden ist und die Gliederung sowie der Titel von den Abgeordneten beschlossen wurden. Es wird betont, dass es wichtig sei, einen Istbestand transparent zu machen, um auf dieser Basis handeln zu können.

Frau Jurisch spricht über die Unterstützung durch Frau Wollschläger und die Einrichtung einer Stelle zur Bekämpfung von Kinderarmut in der Stadt Beeskow. Es wird die Notwendigkeit betont, den Armutsbegriff umfassender zu fassen und auch kulturelle sowie Zuwendungsarmut zu berücksichtigen.

Herr Natusch hinterfragt kritisch den Anteil künstlicher Intelligenz bei der Erstellung des Berichts, was von Frau Wollschläger verneint wird.

Frau Kaiser hebt hervor, dass der Bericht dabei hilft, begrenzte Kapazitäten zu priorisieren und dass die kommunale Ebene nicht in jedem Bereich Entscheidungsmacht besitzt.

Herr Haberkorn kritisiert, dass mehr Geld für Kinder nicht die Probleme löst und plädiert für Projekte, die Kindern den Zugang zu Sportvereinen oder Jugendclubs ermöglichen.

Herr Hilke verweist auf den vorliegenden Bericht, der konkrete Informationen zum Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche enthält, und hebt hervor, dass die darin enthaltenen Daten, wichtige Punkte wie Mittagsverpflegung und mehrtägige Klassenfahrten aufzeigen. Er betont, dass der Bericht steigende Zuschüsse für Leistungsempfänger verdeutlicht. Für ihn lässt sich nicht erkennen, dass in diesem Bereich zu wenig getan wird.

Zu TOP 7 Pakt für Pflege - Mittelverwendung im Jahr 2024

Frau Grünwald, Sozialplanerin des Landkreises Oder-Spree, berichtet über den Sachbericht zum Pakt für Pflege aus dem Jahr 2024. Dieser ist auch auf der Webseite des Landkreises frei zugänglich. Der Pakt besteht aus vier Säulen: Förderung der Kommunen, Ausbau der Pflegeberatung, Investitionsförderprogramm und Fachkräftesicherung. Der Landkreis Oder-Spree kann direkt über die ersten drei Säulen Fördermittel erhalten.

Die Präsentation ist als Anlage („TOP 8_Sachbericht Pakt für Pflege“) beigefügt.

Frau von Stünzner thematisiert das Auslaufen des Landesprogramms und fragt nach der weiteren Planung und möglichen Fortsetzung der Förderung.

Frau Kaiser weist auf die vorläufige Landeshaushaltsführung hin, insofern ist der weitere Fortgang noch offen. Die ausdrückliche Erwähnung des Pakts für Pflege im aktuellen Koalitionsvertrag der Landesregierung lässt insgesamt hinsichtlich des Fortgangs aber hoffnungsvoll stimmen.

Zu TOP 8 Vorstellung der Eckdaten der Pflegestrukturplanung im Landkreis Oder-Spree

Frau Grünewald führt aus, dass die Pflegestrukturplanung für den Landkreis Teil der Sozialplanung ist. Sie gibt einen Überblick über bisherige Erkenntnisse und erste Handlungsempfehlungen. Die extern beauftragte aktuell laufende Erstellung der Pflegestrukturplanung wird mit einem Horizont bis 2040 betrachtet und soll im 2. Quartal abgeschlossen werden. Sie betont die Wichtigkeit eines großen Beteiligungsformats und die Einbeziehung aller Akteure aus dem Pflegeumfeld. Die Erkenntnisse basieren auf Workshops, die im Mai und September des Vorjahres stattfanden.

Frau Folgner schlägt vor, die Diskussion zu vertagen und im Zusammenhang mit der Vorstellung des gefertigten Pflegestrukturplanes ausführlicher zu behandeln. Im Sinne einer guten Vorbereitung soll den Mitgliedern die Unterlage rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden. Derzeitiger Plan ist, das Thema in der Mai Sitzung aufzurufen.

Die Präsentation ist als Anlage („TOP 7_Projektstand Pflegestrukturplanung“) beigefügt.

Zu TOP 9 Informationen aus der Verwaltung und Fragen

Frau Kaiser informiert zur Unterbringung von Zugewanderten. Im Jahr 2024 wurden insgesamt 610 Personen auf der Grundlage des Landesaufnahmegesetzes im Landkreis aufgenommen. Es wird darauf hingewiesen, dass das Aufnahmesoll des neuen Jahres im Januar erwartet wird und die Lage aufgrund der Situationen in der Ukraine und Syrien volatil ist. Es wird vorgeschlagen, dieses Thema ausführlicher in der nächsten Sitzung zu besprechen.

Frau Kaiser berichtet weiterhin über das kommunale Jobcenter, das sein 20-jähriges Bestehen im Landkreis begeht. Es wird zum aktuell leichten Anstieg der Arbeitslosenquote auf 6,5% und der im Januar gestarteten Kooperation mit der Agentur für Arbeit zur Ausrichtung der gemeinsamen Jugendberufsagentur berichtet.

Herr Haberkorn fragt nach dem aktuellen Stand zur Errichtung eines Alten- und Pflegeheims in Eisenhüttenstadt.

Frau Kaiser greift die Frage zur späteren Beantwortung auf.

Nachtrag zur Sitzung:

Der Landkreis Oder-Spree hat das Grundstück zur Errichtung eines Alten- und Pflegeheimes von der Gebäudewirtschaft GmbH erworben. Das Grundstück wird der kreisei-

genen Seniorenheime im Landkreis Oder-Spree GmbH mittels Erbbaurechtsvertrages zur Errichtung des Baus zur Verfügung gestellt.

Die letzte Kostenschätzung auf Grund der Vorplanung für den geplanten Bau beläuft sich auf etwa 18,5 Mio Euro. Die Finanzierung sollte durch Mittel aus dem Kreishaushalt (hier war eine Bezuschussung von 4,5 Mio Euro in der Diskussion), Fremdfinanzierung sowie Investitionsförderung für stationäre Plätze erfolgen. Ziel sollte es sein, Pflegeplätze auch für sozial Schwächere zu schaffen.

Nach letzten Informationen gibt es derzeit kein Förderprogramm der ILB für stationäre Plätze. Das ursprünglich in Aussicht gestellte Förderprogramm wurde ohne Anschlusslösung eingestellt.

Ohne entsprechende Förderung beträgt der Investitionskostensatz 45 Euro pro Tag und Bewohner, ein Vielfaches über dem, welches im Landkreis Oder-Spree mit etwa 19 Euro maximal getragen wird. Die Bewohner bzw. Klientel, welches mit der Höhe des kalkulierten Investitionskostensatzes angesprochen werden sollte, kann damit nicht erreicht werden, oder die Lücke müsste durch den Kreis geschlossen werden. Ein Betrag von über 10 Mio Euro war aber nie Gegenstand der Diskussion.

Die bisherigen Bemühungen um alternative Förderungen waren nicht erfolgreich.

Es bleibt abzuwarten, ob im Rahmen der Aufstellung des Landeshaushaltes der neuen Landesregierung eine entsprechende Neuauflage der Förderung vorgesehen wird. Vor Baubeginn muss eine realistische Finanzierung des Projektes gefunden werden.

Frau Gericke stellt eine Frage zur Entschädigung der Mitglieder von Beiräten und ob dies rückwirkend geregelt werden kann.

Frau Kaiser berichtet, dass die Verwaltung die Entschädigungs- bzw. Auslagenersatzleistung für Beiratsmitglieder aufgrund der geänderten Gesetzeslage bereits prüft und eine Beschlussvorlage für die Gremien vorbereitet.

Kerstin Folgner
stellv. Vorsitzender des
Ausschusses für Soziales,
Gesundheit und Migration

Susen Kunze
Schriftführer